

17.02.2009 – 11:00 Uhr

15 Jahre Verlagerungspolitik: Zwangsmassnahmen bedrohen Arbeitsplätze

Bern (ots) -

In den letzten 15 Jahren hat sich die Verlagerungspolitik der Schweiz immer mehr auf Zwangsmassnahmen zulasten des Strassentransports konzentriert. Als Folge davon hat der internationale Transitverkehr weiter zugenommen. Ausserdem sind zahlreiche inländische Arbeitsplätze bedroht. Auch mit der geplanten Alpentransitbörse, die gewisse Verkehrsromantiker vehement verfechten, wird sich daran nichts ändern. Im Gegenteil: Die Schweizer Behörden werden weitere einheimische Arbeitsplätze aufs Spiel setzen, ohne dass der Umwelt letztlich gedient ist.

15 Jahre nach der Urnenabstimmung vom 20. Februar 1994, als sich das Schweizer Stimmvolk für die Verlagerung des alpenquerenden Transitverkehrs ausgesprochen hat, stehen die verantwortlichen Behörden und Verkehrsromantiker vor einem Scherbenhaufen. Sämtliche Konzepte und Massnahmen sind gescheitert! Der Grund für den Misserfolg sind die völlig untauglichen Instrumente, die zur Umsetzung verwendet wurden. Einseitige Zwangsmassnahmen zulasten des Strassentransports wie das Dosiersystem vor dem Gotthardtunnel, umständliche Zollformalitäten und unhaltbare Strassensperrungen mit der Phase Rot als Höhepunkt der Schikaniererei bewirken offensichtlich keine Verlagerung des Verkehrs von der Strasse auf die Schiene.

Strassentransport im staatlichen Würgegriff

Stattdessen hat der internationale Transitverkehr, der gemäss Alpenschutzartikel eigentlich primär hätte verlagert werden sollen, überproportional zugenommen. Noch immer liegt die Zahl der alpenquerenden Fahrten bei rund 1,3 Millionen, was mehr als die Hälfte des angestrebten Zielwerts von 650'000 ist - bei tendenziell sinkendem Anteil des Binnentransports! Noch gravierender ist allerdings, dass die Zwangsmassnahmen zunehmend Arbeitsplätze bedrohen. Wegen der steigenden Abgabenlast und insbesondere der widerrechtlich erhöhten LSVA stehen mehr und mehr Transportunternehmer unter Druck. Die Folge sind Kurzarbeit, Entlassungen und sogar Konkurse!

Zugespitzt würde diese Entwicklung durch die allfällige Einführung einer Alpentransitbörse (ATB), dem angeblichen neuen Allheilmittel. Denn entgegen anderslautenden Beteuerungen idealistischer Kreise handelt es sich hierbei um eine reine planwirtschaftliche Kontingentierung des Strassentransports. Einmal mehr werden damit nur der Binnenverkehr und die Schweizer Wirtschaft in den staatlichen Würgegriff genommen.

Kontakt:

ASTAG Schweizerischer Nutzfahrzeugverband
Michael Gehrken
031 370 85 85
Weissenbühlweg 3

3007 Bern

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100001880/100577847> abgerufen werden.